

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/dokumentation/?em_cnt=1187055

China, ein Alptraum

Am 8. August 2008 werden die Olympischen Spiele in China eröffnet. Der chinesischen Regierung bleibt nicht mehr viel Zeit, um die Menschenrechtssituation im Land entscheidend zu verbessern. Der Countdown hat begonnen.

Schon im Vorfeld der Olympischen Spiele sind die Augen der Welt auf China gerichtet. Was werden die Menschen zu sehen bekommen? Sind Fortschritte zur Verbesserung der Menschenrechte erkennbar?

Tatsächlich sind in einigen Bereichen positive Entwicklungen zu beobachten. So wurde ausländischen Journalisten eine größere Freiheit in der Berichterstattung eingeräumt. Auch Reformen für die Beschränkung der Todesstrafe sowie eine größere Transparenz in der Anwendung wurden in die Wege geleitet. In ihrem jüngsten China-Bericht stellt Amnesty International jedoch fest, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in den vier zentralen Bereichen bisher ausgeblieben sind:



Letzte Zigarette (ap) 🔍

Die Todesstrafe wird weiterhin verhängt, u. a. für Delikte wie Steuerhinterziehung. Nationale Statistiken hierzu werden nicht offengelegt. Familien und Anwälte erhalten weder Zugang zu den Angeklagten noch Informationen über deren Situation. Inhaftierungen ohne Anklage und die Strafe der "Umerziehung durch Arbeit" wurden nicht abgeschafft, sondern nehmen im Zuge der "Säuberung" der Olympiastadt Peking zu.

Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger haben sich in vielen Landesteilen verstärkt.

Die Pressefreiheit chinesischer Autoren ist weiterhin stark eingeschränkt. Journalisten werden willkürlich entlassen oder wie andere Autoren und Blogger inhaftiert. Medien werden verboten und zahlreiche Internetseiten gesperrt.

"Die Spiele werden als Vorwand genutzt, um im Namen der Sicherheit verstärkt gegen Menschenrechtsverteidiger und Journalisten vorzugehen", sagt Dirk Pleiter, AI-China-Experte. Die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in China sind ein Angriff auf die Kernprinzipien der olympischen Charta - in der auch die Menschenwürde und der Respekt für universelle ethische Prinzipien fest verankert sind.

Solange keine ernsthaften Anstrengungen unternommen werden, die Menschenrechtssituation nachhaltig zu verbessern, laufen die chinesischen Behörden Gefahr, das Image Chinas, das der olympischen Bewegung und die Bilanz der Olympischen Spiele in Peking zu beschädigen. Die chinesische Regierung sollte die Zeit nutzen, damit sie im August 2008 stolz sein kann auf das, was ihr Land der Welt zu bieten hat.

Zahlen und Fakten

1. MenschenrechtsverteidigerInnen

MenschenrechtsverteidigerInnen sind Personen, die sich friedlich für ihre eigenen und die Rechte anderer einsetzen, oft kritisieren sie dabei die Regierung. In China werden viele MenschenrechtsverteidigerInnen ihrer grundlegenden Rechte beraubt, willkürlich festgenommen und gefoltert.

Auf Grund der Erfahrungen mit Großveranstaltungen in der Volksrepublik China muss damit gerechnet werden, dass es im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen zu weiterer Repression gegen MenschenrechtsaktivistInnen kommt. Die Behörden werden versuchen, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die die erhöhte internationale Aufmerksamkeit und Medienpräsenz für ihre Anliegen nutzen wollen.

Gemäß Aussagen chinesischer MenschenrechtsaktivistInnen wurden zum Beispiel während der Demonstrationen rund um die Tagung des Volkskongresses (5. bis 16. März 2007 in Peking) mehrere Tausend Demonstrierende

Amnesty International (AI) ist eine nichtstaatliche Organisation, die sich weltweit für die Menschenrechte einsetzt. Sie recherchiert seit 1961 Menschenrechtsverletzungen, macht diese öffentlich und organisiert Brief- und Unterschriftenaktionen.

Die Zahlen und Fakten haben die AI-Sektionen Österreichs und der Schweiz gesammelt und werden von der deutschen Sektion mitgetragen. Mehr Informationen:

www2.amnesty.de/

festgenommen.

Insbesondere stellt Amnesty International fest, dass immer mehr MenschenrechtsverteidigerInnen ohne Anklage oder Prozess unter "Hausarrest" gestellt werden. Hausarrest kann von der Polizei gegen verdächtige Kriminelle angeordnet werden. Für MenschenrechtsaktivistInnen übersteigen diese Hausarrest-Strafen oft das im Gesetz festgehaltene Maximum von sechs Monaten.

So wurde beispielsweise Hu Jia, ein Aids-Aktivist, im Juli 2006 für 214 Tage unter Hausarrest gestellt, weil er sich einem Hungerstreik-Protest angeschlossen hatte. Die Polizei verhinderte, dass er seine Wohnung verlassen konnte. Auch seine Frau Zeng Jinyan wurde überwacht: Oft folgten ihr PolizistInnen, wenn sie das Haus verließ, und sie war Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt.

Im Januar 2007 wurden neue Regelungen für ausländische JournalistInnen eingeführt, die den ausländischen Medienschaffenden mehr Freiheiten einräumen als bisher. Recherchen und Interviews können seit Januar 2007 ohne spezielle Bewilligung lokaler Behörden durchgeführt werden. Es ist jedoch unklar, ob diese Öffnung auch für die autonomen Gebiete "Tibet" und "Xinjiang" gelten.

Berichte ausländischer Journalisten scheinen jedoch von der einheimischen Zensur nicht ausgeschlossen zu sein und werden in China selbst nicht veröffentlicht. Einheimische Journalisten haben klare Vorgaben, über was sie berichten dürfen und über was geschwiegen werden muss. Willkürliche Festnahmen und Gefängnisstrafen für JournalistInnen sind in China weit verbreitet.

2. Internetzensur

Hunderte von Internetseiten - darunter auch diejenige von Amnesty International - sind in China gesperrt. Wer sich gegen die Zensur wehrt, wird hart bestraft. Der chinesische Journalist Shi Tao wurde im April 2005 zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt, weil er einer US-amerikanischen NGO eine E-Mail über die chinesische Pressezensur im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Tiananmen-Massakers geschrieben hatte.

Internetprovider wie Yahoo, Google und Microsoft sind den chinesischen Behörden bei der Internetzensur behilflich.

Kein Land verfügt über ein so ausgeklügeltes System der Internetüberwachung wie China. Mehr als 30 000 PolizistInnen überwachen das Internet rund um die Uhr. Am stärksten davon betroffen sind JournalistInnen, JuristInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen. Gefährlich ist es jedoch auch für alle anderen, die es wagen, die Regierung zu kritisieren oder sich übers Internet gegen die Ungerechtigkeiten der Behörden zu wehren. (...) "Das Internet ist ein Instrument zur Kontrolle der Bevölkerung geworden", sagt der chinesische Regimekritiker Cai Chongguo, der heute als Flüchtling in Paris lebt.

Die Technologien, die es der chinesischen Regierung erlauben, die Inhalte auf dem World Wide Web zu filtern und gewisse Seiten zu blockieren, stammen fast alle von ausländischen Unternehmen. Yahoo, Google und Microsoft stellen den Behörden dazu ausgeklügelte Systeme zur unmittelbaren Zensur von Websites zur Verfügung. Wer in China Worte wie "Menschenrechte", "Demokratie", "Freiheit" oder "Amnesty International" in eine Suchmaschine eingibt, erhält keinen einzigen Treffer. Bei der Suche von Informationen, wie etwa über das Massaker auf dem Tiananmen-Platz, wo Polizisten bei Studentenprotesten im Jahr 1989 mehrere Tausend Menschen erschossen haben, werden bestimmte Seiten automatisch aus den Treffern ausgeschlossen. Auch Blogs, die von Microsoft gehostet werden, werden regelmäßig gelöscht, wenn sie heikle Themen wie Menschenrechtsverletzungen, Meinungsfreiheit oder Demokratie ansprechen.

3. Umerziehungslager

In China werden heute Hunderttausende von Personen in "Umerziehungslagern" festgehalten. PolizistInnen können diese bis zu drei Jahre dauernde Strafe ohne Anklage oder Prozess anordnen, dies öffnet der Willkür Tür und Tor.

"Wir schließen nicht aus, dass wir vor den Olympischen Spielen alle Drogensüchtigen aus Peking wegschaffen", sagte ein Vertreter vom Büro für öffentliche Sicherheit kürzlich in Peking. Seit Monaten ist die Regierung der Hauptstadt darum bemüht, die Stadt für die Olympischen Spiele "aufzuräumen": Obdachlose, Bettler, illegale Taxifahrer oder Straßenhändler werden von der Polizei in sogenannte Umerziehungslager gesteckt, wo sie bis zu drei Jahren festgehalten werden können. Gefangene in solchen Lagern sind oft Opfer von Zwangsarbeit.

4. Todesstrafe

Weltweit haben 129 Staaten die Todesstrafe aus ihren Strafgesetzen gestrichen oder wenden sie in der Praxis nicht mehr an (Stand April 2007). (...) Im Jahr 2006 fanden 91 Prozent aller Hinrichtungen, die AI bekannt sind, in sechs Ländern statt: China, Iran, Irak, Pakistan, Sudan, USA.

China verhängt für 70 Delikte die Todesstrafe. Kaum einem oder einer der zum Tode Verurteilten wurde das Recht auf einen fairen Prozess gewährt. Gemäß Recherchen von AI wurden 2006 mindestens 1010 Personen hingerichtet, die Dunkelziffer wird jedoch von verschiedenen glaubwürdigen Quellen auf 7500 bis 8000 geschätzt.

Die Todesstrafe lässt sich nicht rechtfertigen, denn sie ist unmenschlich, unwirksam und unwiderrufbar. Sie verletzt die Menschenwürde, deren Schutz auch die olympische Charta zum Grundprinzip erklärt hat.

Amnesty International fordert, dass Statistiken über die Anwendung der Todesstrafe in China veröffentlicht, und nicht mehr als Staatsgeheimnis deklariert werden. Zudem fordert AI eine Reduktion der Anzahl von Verbrechen, für die die Todesstrafe verhängt wird - ein erster Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Todesstrafe.

Olympische Spiele: **Sportlern könnte die Puste ausgehen**

Peking 2008: **Die unfreien Spiele**

Aktuell: **Tod und Spiele**

Dokumentation: **Zahlen und Fakten**

[document info]

Copyright © FR-online.de 2007

Dokument erstellt am 07.08.2007 um 16:12:01 Uhr

Letzte Änderung am 07.08.2007 um 17:21:29 Uhr

Erscheinungsdatum 07.08.2007